Orientierung

Sozialhilfe und Verwandtenunterstützung – quo vadis?

In einem zur Publikation bestimmten Urteil hat das Bundesgericht einen wichtigen Entscheid zur (grundsätzlich vom kantonalen Recht beherrschten) Sozialhilfe gefällt. Ein Mann (jg. 1923) trat seinen Nachkommern im Jahr 1997 sein Vermögen als Erbscheinzug ab. Seit Mai 2004 wohnt er in einem Alters- und Pflegeheim. Neben seiner Altersrente bezieht er u.a. Ergänzungsleistungen, allerdings gestützt auf Art. 3c Abs. 1 lit. g aELG (heute: Art. 11 Abs. 1 Lit. g ELG) i.d.F. vom 6. Oktober 2006 i.V.m. Art. 17a ELV wegen des Vermögensverzichts nur in reduziertem Umfang. Da sein Einkommen für die Bestreitung der Heimskosten nicht ausreicht, beansprucht er Sozialhilfe, die ihn indessen von den zuständigen kantonalen Behörden mit der Begründung verweigert wurde, der Vermögensverzicht sei – ebenso wie im Ergänzungsleistungssrecht – auch im Sozialhilfeverzicht zu berücksichtigen. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gestützt auf Art. 12 BV (Grundrcht auf Existenzsicherung) gut, und zwar im Wesentlichen mit der Begründung, unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten dürfe nur die aktuelle und effektive Situation des Ansprechers massgebend sein; die Gründe, welche zur Notlage geführt hätten, dürften nicht berücksichtigt werden. Die Behörden dürften daher die Sozialhilfe nicht in analoger Anwendung der Regeln über das Verzichtsvermögen des Ergänzungsleistungsmehrwertes verweigern.


Prof. Dr. Thomas Koller, Bern

6 Dies dürfte im hier diskutierten Fall mit grosser Wahrscheinlich keit zutreffen.
7 BGE 115V 362.
9 So schon Th. Koller, Der verlorene Sohn (Fn. 8), 705.
10 Sinvoller wäre es (wenn schon), im Privatrecht einen Anspruch auf Rückforderung von Erbvorzeige für den Fall einzuführen, dass der Abtretende in eine Notlage gerät und Sozialhilfe beanspruchen muss.
11 Vgl. etwa BGE 153 III 507.

2 Selbstverständlich unter Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs. Ein solcher konnte indessen in casu klar verneint werden (E. 6 des erwähnten Urteils).
3 E. 3.3 in fine des erwähnten Urteils.
4 Art. 329 Abs. 3 i.V.m. Art. 289 Abs. 2 ZGB (vgl. E. 4 des erwähnten Urteils).